



Presseverlautbarung

Russlands Anerkennung der afghanischen Regierung: Ein weiterer Schritt zur Verhinderung der Entstehung einer islamischen Ordnung in der Region

(Übersetzt)

Am Donnerstag gab Russland bekannt, die Akkreditierungsurkunden des neuen afghanischen Botschafters offiziell angenommen zu haben und damit als erstes Land die von den Taliban geführte Regierung anzuerkennen.

Das Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir / wilāya Afghanistan betrachtet diese Anerkennung als Teil eines umfassenderen Prozesses, durch den das gegenwärtige Regime allmählich in das säkulare, internationale Nationalstaatensystem absorbiert wird. Dieses System wird das Regime im Laufe der Zeit von dem lebenswichtigen und herausragenden islamischen Ziel, den *dīn* Allahs (t) vollumfänglich in die Tat umzusetzen und in die Welt zu tragen, entfernen. Darüber hinaus könnte eine solche Anerkennung Afghanistan zu einem Schlachtfeld für den Wettbewerb zwischen regionalen und globalen Mächten machen.

Seit dem Regimewechsel in Afghanistan hat Russland aktiv versucht, starke Beziehungen zu den neuen Machthabern aufzubauen. Dieser politische Wandel ergibt sich aus Russlands nationalen Sicherheitsbedenken und seinen strategischen Interessen in Zentralasien. Moskau fürchtet den Aufstieg des politischen Islam, die Wiedererrichtung des Kalifats und die Wiedervereinigung der islamischen Umma. Es erwartet vom gegenwärtigen afghanischen Regime, dass es die *muğāhidīn* in Zentralasien unterdrückt. Aus diesem Grund erklärte Präsident Putin am 4. Juli 2024 offen: „Die Taliban sind sicherlich unsere Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus.“ Eine solche Aussage offenbart deutlich Russlands manipulative und instrumentelle Sichtweise auf die afghanische Regierung.

Anerkennung ist ein modernes politisches Werkzeug, das den nationalen Interessen mächtiger Staaten dient. Es ist ein politischer Gefallen, den Russland ausschließlich auf der Grundlage eigener strategischer Kalküle gewährt hat – und es erwartet von der afghanischen Regierung, diesen Gefallen zu erwidern und zu wahren, indem sie allein materielle Interessen priorisiert und alle anderen Maßstäbe, einschließlich islamischer Werte und Prinzipien, aufgibt. Ähnliche Erwartungen hegte US-Präsident Donald Trump gegenüber dem neuen syrischen Regime. Solche gemeinsamen Anliegen unter nicht-islamischen Staaten zeigen ihre geteilte Strategie: die Eindämmung des politischen Islam und die Verhinderung des Aufstiegs einer islamischen Ordnung in der Region.

Darüber hinaus wurzelt der Wunsch, eine solche politische Gunst von feindlich gesinnten Staaten wie Russland zu erlangen, nicht im islamischen Glauben, sondern vielmehr in einer von Pragmatismus und profitorientierten Ansichten geprägten Denkweise. In ähnlicher Weise sandte Amanullah Khan ein offizielles Schreiben an Wladimir Lenin, um politische Unterstützung von der Sowjetunion zu erbitten, die daraufhin als erster Staat seine Herrschaft anerkannte. Doch historisch gesehen – und auch heute unter Wladimir Putin – bleibt Russland einer der entschlossensten Feinde des Islam und der Muslime und ein Haupthindernis für die Einheit der islamischen Umma. Seine Verbrechen gegen die Muslime in Russland, Zentralasien, dem Kaukasus, Syrien, Afghanistan und anderen Regionen sind unbestreitbar.

Zweifellos haben diplomatische, politische und wirtschaftliche Beziehungen zu ungläubigen Staaten ihren Platz im Islam. Von der Zeit des Propheten Muhammad (s) über die Ära der rechtgeleiteten Kalifen hinaus wurden die Außenbeziehungen der Muslime stets vom islamischen Glauben und dem Prinzip von Loyalität und Lossagung (*al-walā' wal-barā'*) geleitet. Die Außenpolitik des Kalifats diente der Mission, den Islam durch *da'wa* und *ǧihād* zu verbreiten, um die Herrschaft des Islam auszuweiten. Ein klares Beispiel ist die Entsendung von Abgesandten durch den Propheten (s) an die Paläste der damaligen Imperatoren.

Diplomatie basiert im Islam auf fundamentalen Prinzipien wie unter anderem *izhār ad-dīn*, d.h. die Manifestation der Religion, *al-walā' wal-barā'* und der Einteilung der Länder in Stätten des Islam (*dār al-islām*) und Stätten des Unglaubens (*dār al-kufr*). Diese Konzepte finden in der säkularen Nationalstaatenordnung keinen Platz. Das gegenwärtige Regime kann nur dann eine islamische Außenpolitik und Diplomatie verfolgen, wenn es darauf abzielt, eine politische Ordnung zu schaffen, die im Islam selbst wurzelt – und nicht eine, die in das säkulare System integriert ist. Dies ist nur durch die Wiedererrichtung des zweiten rechtgeleiteten Kalifats möglich. Andernfalls wird der gegenwärtige Staat allmählich in die Abweichung abdriften, getrieben von politischem Realismus und der Verstrickung in die säkulare Weltordnung.

Dies ist bedauerlicherweise genau die Art politischer Irreführung, in die andere Herrscher in der muslimischen Welt bereits geraten sind – und heute weiterhin geraten –, was dazu führt, dass ihnen durch Vorgaben internationaler Systeme die Hände gebunden sind.

﴿الَّذِينَ يَتَّخِذُونَ الْكَافِرِينَ أَوْلِيَاءَ مِنْ دُونِ الْمُؤْمِنِينَ أَبِيتُوا عِنْدَهُمُ الْعِزَّةَ فَإِنَّ الْعِزَّةَ لِلَّهِ جَمِيعًا﴾

Die die Ungläubigen anstatt der Gläubigen zu Schutzherren nehmen. Begehren sie (etwa) Macht bei ihnen (zu finden)? Gewiss, alle Macht gehört Allah. (4:139)

Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir / wilāya Afghanistan